GEDENKSTÄTTE
LAGER SANDBOSTEL

Greftstraße 3
D – 27446 Sandbostel

Andreas Ehresmann
Geschäftsführer/Gedenkstättenleiter

Erklärung zur Absage der Sonderausstellung „Niemand ist vergessen und nichts ist vergessen. Die Blockade Leningrads 1941 – 1944“

Nach der Absage der Sonderausstellung „Niemand ist vergessen und nichts ist vergessen. Die Blockade Leningrads 1941 – 1944“ am 10. September 2025 durch die Stiftung und die Gedenkstätte Lager Sandbostel gab es viele teils sachliche, teils aufgeheizte, teils jedoch auch indiskutable Reaktionen. Uns erreichten mehrere Briefe und E-Mails, vom ausrichtenden Verein „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“, von anderen Interessensgruppen und von Einzelpersonen. Auch in der Printpresse[1] wurde darüber berichtet. Auf einen Teil der pöbelnden oder sehr aggressiven Reaktionen (bis hin zum Wunsch des Kriegstodes) gegen Journalisten und den Leiter der Gedenkstätte in einem „Leserbrief“ gehen wir nicht weiter ein, da diese völlig indiskutabel sind. Es gab jedoch auch Reaktionen, die wir ernst nehmen und auf die wir hier eingehen möchten.

Einführende Bemerkung

Kritisiert wurde mehrfach, dass die Gedenkstätte ein öffentlicher Raum sei und dementsprechend nicht einfach eine Ausstellung schließen könne, respektive eine Meinung ausschließen könne. In diesem Fall geht es jedoch nicht um die Ausstellung zur Blockade Leningrads durch die Wehrmacht 1941-1944 selbst, sondern einzig um unsere Entscheidung, die Zusammenarbeit mit dem Ausrichter der Ausstellung, den Verein „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“ zu beenden. Zurecht können wir dafür kritisiert werden, dass wir uns im Vorfeld nicht über den Verein informiert hätten oder aber „naiv seien“. Beides müssen wir so stehen lassen. Es gab von unserer Seite zunächst einmal einen Vertrauensvorschuss. Das war ein Fehler.

Die Stiftung Lager Sandbostel ist zudem eine private Stiftung öffentlichen Rechts, die von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und dem Landkreis Rotenburg (Wümme)

[1] 11.9.2025, Bremervörder Zeitung (gleichlautend in mehreren Regionalzeitungen im Zeitungsverbund); 13.9.2025, Bremervörder Anzeiger; 18.9.2025, junge Welt (Berlin)

institutionell gefördert wird. Dementsprechend ist das Gedenkstättengelände Privatgelände, und die Stiftung Lager Sandbostel hat das Hausrecht und kann selbstverständlich im Einvernehmen mit ihren Gremien für sich entscheiden, was sie zeigt und mit wem sie gemeinsam Projekte und Veranstaltungen machen möchte.
Es ist uns sehr wichtig, darüber hinaus deutlich zu machen, dass zu keiner Zeit ein Hausverbot gegen irgendeine einzelne Person und schon gar nicht gegen den Verein „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“ ausgesprochen wurde. Selbstverständlich können die Mitglieder des Vereins als Einzelpersonen oder als Verein sowie alle anderen Kritiker*innen der Absage jederzeit während der Öffnungszeiten die Gedenkstätte besuchen.

Zur Instrumentalisierung historischer Ereignisse

Bereits in meiner Begrüßung bei der Eröffnung der Ausstellung habe ich deutlich gemacht, dass es uns bei der Präsentation dieser Ausstellung in der Gedenkstätte Lager Sandbostel um das historische Ereignis, die Blockade der Stadt durch die Wehrmacht von 1941 bis 1944, um den Versuch der systematischen Aushungerung der Bevölkerung Leningrads und um eines der größten Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg geht. Zudem habe ich deutlich gemacht, dass wir „jegliche Versuche, dieses Kriegsverbrechen der Wehrmacht und andere historische Ereignisse in einer Geschichtsklitterung zur Legitimation heutiger Kriege zu nutzen […] auf das Schärfste ab(lehnen).“
Wir verbanden mit einer Präsentation der Ausstellung die Absicht, über das historische Ereignis, das unermessliche Leid der Zivilbevölkerung und die Verantwortung der Wehrmacht für den Hungertod von über eine Million Menschen zu informieren. Eine Instrumentalisierung, die das historische Ereignis der Leningrader Blockade durch die Wehrmacht als Blaupause für eine bestimmte aktuelle politische Agenda nutzt verfolgt eine Zielsetzung, die nicht die einer Gedenkstätte sein kann, die sich der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes verpflichtet weiß.
Leider kam es aber im weiteren Verlauf der Veranstaltung am 8. September 2025 zu genau dieser Vereinnahmung seitens des Vereins „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“
Aufgrund der Eröffnungsrede des Vereinsvorsitzenden, Wolfgang Müller, hat sich die Stiftung Lager Sandbostel dann zwei Tage später, nach intensiven Diskussionen entschieden, sich von dem hinter Müller stehenden Verein und den in der gesprochenen Version seiner Rede deutlich gewordenen Positionen zu distanzieren und die Zusammenarbeit zu beenden.
Unter diesen Voraussetzungen erscheint es uns nicht möglich, die Ausstellung zur Blockade Leningrads von dem Verfasser der Ausstellung, dem Verein „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“ zu trennen und losgelöst weiterhin zu zeigen.
Aus unserer Perspektive wäre es zudem befremdlich, die Verfasser einer Ausstellung einfach zu ignorieren. Zudem sind die zentralen Biografien jeweils mit einem seitlichen Schriftzug „Weitere Informationen: www.deutsch-russische-friedenstage.de“ versehen. Ein Überkleben dieser Zeilen hätte doch sehr nach Zensur der Ausstellung ausgesehen. Mit derartigen Vorwürfen wollten wir uns nicht konfrontiert sehen. Zudem waren und sind für uns nicht die

Ausstellungsinhalte das Problem, sondern die Instrumentalisierung der Ausstellung. Daher haben wir uns schweren Herzens für eine Absage entschieden.

Zur Rede des Vorsitzenden des Vereins „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“

Wie bereits geschrieben, war die Rede des Vorsitzenden des Vereins „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“, Wolfgang Müller, bei der Eröffnung ausschlaggebend für die Absage der Ausstellung. Es wäre jetzt aber müßig, die gesamte Rede, die als Manuskript vorliegt, in Detail zu analysieren. Zudem ist es schwierig, ein Manuskript, dass teils lediglich Stichpunkte enthält, ausschließlich als Grundlage zu nehmen. Die vorgetragene Rede war deutlich umfangreicher und ein Teil der von uns kritisierten Aussagen wurden in der freien Rede formuliert.

In der Rede von Wolfgang Müller wird gemäß des Redemanuskripts beispielsweise behauptet: „Das unermessliche Leid, das deutsche Soldaten und Panzer über die Völker der Sowjetunion gebracht haben, hat sich tief in deren Seelen, in ihr nationales Bewusstsein eingebrannt. Ihre Angst vor erneuten Bedrohungen aus dem Westen – also vor NATO-Soldaten und NATO-Raketen direkt an ihrer Grenze, also vor einer NATO-Osterweiterung – sollte daher selbstverständlich sein.“ Die in dem Artikel der jungen Welt vom 18.9.2025 verlinkte Rede von Wolfgang Müller unterscheidet sich im Übrigen an einigen Punkten, von der Rede, die uns Seitens eines Mitglieds des Vereins „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V. zur Verfügung gestellt wurde. So ist im letzten Halbsatz des zuvor zitierten Satzes noch ein „durchaus“ angefügt („sollte daher durchaus verständlich sein“ [2]).

Diese Position kritisieren wir sehr klar: Einen Sachverhalt zu verstehen ist nicht das Gleiche, wie Verständnis für diesen zu haben. Dass der Vernichtungskrieg brutal war und auch bei zukünftigen Generationen tief im Gedächtnis verankert ist, ist plausibel und lässt sich nachvollziehen, aber daraus schlussfolgert unserer Meinung nach kein Verständnis für eine Angst, die heute als Vorwand dafür dienen muss, den Angriff auf ein Nachbarland zu legitimieren.

Unabhängig davon ist der heutige Krieg in der Ukraine keine Konsequenz aus der Erfahrung des Vernichtungskriegs des Deutschen Reichs gegen die Sowjetunion 1941-1945. Dieser historische Zusammenhang kann allein schon deshalb nicht aufrecht erhalten bleiben, da es sich heutzutage um andere Staaten und Staatenbünde mit einer entsprechend anderen Interessenslage handelt – die russische Föderation ist nicht die Sowjetunion, die NATO nicht die Achsenmächte. Wenn hier historische Ereignisse zu einer Erklärung der heutigen Zustände herangezogen werden, darauf sei an dieser Stelle verwiesen, erfolgt dies mit dem Ziel, eine politische und militärische Entscheidung zu rechtfertigen, die auf einer anderen Grundlage getroffen wurde als der Schutz der eigenen Bevölkerung.

Müller führt hier eine der zentralen Begründungen Wladimir Putins für den völkerrechtlichen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine[3] an, nämlich die Annahme einer fortbestehenden

---

[2] Siehe: https://deutsch-russische-friedenstage.de/wp-content/uploads/2025/09/Rede-8.9.25-de-facto.pdf

[3] Entgegen des 1997 in dem auch von Russland ratifizierten Rechts auf Bündnisfreiheit (NATO-Russland-Grundakte von 1997) der ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken (auch der Ukraine) ist diese auch von Wolfgang

sicherheitspolitischen Bedrohung durch den Westen respektive die NATO. Die Argumentation zielt darauf, dass der Angriffskrieg Russland als diskussionswürdiger, aber eben nachzuvollziehender Präventivangriff zu interpretieren sei und eigentlich der Westen das auslösende Element geschaffen hat.

Im nächsten Satz formuliert Müller: „Müsste es daher nicht eigentlich auch zur deutschen Staatsräson gehören, ein besonderes, ein freundliches, reumütiges Verhältnis zu unserem großen Nachbarn zu pflegen – ähnlich wie zu Israel?!“ Gemeint ist mit dem großen Nachbarn allerdings nur Russland. Nun ließe sich natürlich anführen, dass der Verein „Deutsch-Russische Friedenstage e.V.“ sich qua Vereinsziel nur auf Russland kapriziert.

Grundsätzlich wird Russland von Wolfgang Müller in dieser Passage zudem als sehr passiver und nur durch Angst reagierender Akteur beschrieben. Dieses verkennt einerseits die sehr aggressive und die Zivilbevölkerung bewusst als Ziele definierende Kriegsführung, und lässt andererseits die russischen imperialen Ambitionen vollständig außer Acht.

In der Logik des Argumentes von Müller kann aber auch ein besonders Verhältnis zur heutigen Ukraine gefordert werden. Denn die meisten „Killing Fields“ im so genannten Ostfeldzug der Wehrmacht befanden sich auf den Gebieten des heutigen Belarus (früher Weißrussland) und der Ukraine.

Und tatsächlich gibt es dieses besondere Verhältnis Deutschlands zur heutigen Ukraine: die solidarische, finanzielle und militärtechnische Unterstützung der Ukraine, um sich gegen den Angriffskriegs Russland zu wehren. Damit verbunden auch die Ausgrenzung des Aggressors, Russlands.

In der Entgegnung des Vereins „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“ und auch in einigen anderen Schreiben wird uns vorgeworfen, dass wir in der Rede ein Verständnis für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sehen, obwohl Wolfgang Müller die Ukraine doch mit keinem Wort erwähnt. Wir argumentieren jedoch, dass es genau diese Auslassungen sind, wie gleich nachzuweisen sein wird, die ein Ausdruck dessen sind, was wir kritisieren. So schreibt Müller unter Punkt 5 in seiner Einführung: „Solche Abstufung des Menschseins, solche Dämonisierungen dürfen sich nicht wiederholen – aber wir erleben sie – in diesen Krisenzeiten – bereits wieder täglich. Die Dämonisierung des Feindes gehört sei jeher zu den Standards der Kriegspropaganda […]. Man kann junge Menschen letztendlich nur dadurch zum Töten anderer Menschen motivieren, wenn man ihnen die Gewissheit vermittelt, diese anderen Menschen seien ja Feinde, sie seien böse, und ihr Anführer sein ein Schurke …. Und seien wir ehrlich: nichts anderes passiert gerade auch heutzutage – wenn es gegen Israel, oder die Hamas, oder auch gegen Russland/Putin geht ……. - eigentlich in allen Kriegen“

Das hört sich erst einmal gut an, aber es stellen sich dann aber beim genaueren Zuhören bzw. Lesen doch Fragen.

Irritierend erscheint zunächst einmal, warum hier die Terrororganisation Hamas gelistet ist. Möchte der Redner suggerieren, dass auch sie letztendlich Opfer seien? Dagegen sprechen doch unzweifelhaft und eindeutig die erbarmungslosen Massaker der Hamas am 7. Oktober

---

Müller kritisierte NATO-Osterweiterung eine der zentralen Begründungen Russlands Präsidenten Wladimir Putin für den Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022.

2023, die teils seit fast zwei Jahren andauernden Entführungen von israelischen Geiseln und dass die Hamas die palästinensische Zivilbevölkerung je nach Situation für ihre Zwecke instrumentalisiert. Und weil auch an dieser Stelle wieder nicht unterschieden wird: Verstehen einer Sachlage ist eben nicht Verständnis für diese.

Vor allem stellt sich an dieser Stelle für uns die Frage, warum in der uns vorliegenden Version des Redemanuskript hier zwar Russland/Putin[4] explizit genannt wird, nicht aber die Ukraine. Nach der Putinschen/russischen Lesart wird seit Jahren von der notwendigen Denazifizierung der Ukraine gesprochen. Wahlweise sind für die russische Propaganda die Regierung in Kiew, das ukrainische Militär oder alle Menschen, die Ukrainisch sprechen und in einer unabhängigen Ukraine leben wollen „Nazis“. Mit dieser Bezeichnung als Nazi wird aber die Assoziation mit Hitler-Deutschland aufgerufen, dass in Russland (zurecht) als Inbegriff des Bösen gilt. Also genau der Vorwurf der Dämonisierung, den Müller in seiner Rede erhebt ist in Russland ein etabliertes Narrativ gegenüber der Ukraine und den Ukrainerinnen und Ukrainern gegenüber. Diese Dämonisierung ist bei Müller in seinem Appell nicht ansatzweise erwähnt. Einfach vergessen, oder sollte es nicht erwähnt werden, weil es nicht in die russlandfreundliche Ausrichtung des Vereins passt?

Einen weiteren Punkt, der in keiner Weise der politischen Ausrichtung der Gedenkstätte Lager Sandbostel entspricht, spricht Wolfgang Müller im Kontext des internationalen Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus an. Im vorliegenden Manuskript heißt es: „Mittlerweile ist der 27. Januar als Gedenktag umbenannt zu Holocaust-Gedenktag, allein die Befreiung von Auschwitz ist noch offizieller Gegenstand des Gedenkens. Es soll jedes gemeinsame Gedenken von Deutschen und Russischen Offiziellen z.B. am 8./9. Mai unterbunden werden; das könnte ja falsche Assoziationen auslösen …“. Auch hier irrt sich Wolfgang Müller, oder er nutzt diese vermeintlich sachliche Kritik bewusst.
Als Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust ist der 27. Januar seit 2005 von den Vereinten Nationen eingeführt worden. In Deutschland ist dieser Tag, der 27. Januar aber bereits seit 1996 als Gedenktag etabliert, als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.
2014 hielt der russische Schriftsteller Daniil Granin, der als junger Soldat die Blockade Leningrads überlebte im Bundestag die Festansprache. Zum 80. Jahrestag sprach in diesem Jahr Roman Schwarzman, Holocaust-Überlebender aus Odessa in der Ukraine, im Bundestag. Schwarzman überlebte im Alter von sieben Jahren das Ghetto Berschad.
In Sandbostel hatte 2022 der russische Urenkel eines sowjetischen Kriegsgefangenen gesprochen, die Rede des russischen Enkels eines sowjetischen Kriegsgefangenen dieses Jahr mussten wir aufgrund eines nicht genehmigten Visums stellvertretend verlesen.

[4] In der bereits erwähnten Version, die in der jungen Welt verlinkt ist, fehlt in der Auflistung Putin.

Ein zentraler Schwerpunkt der Gedenkstätte ist weiterhin das Gedenken die verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen, die die größte Opfergruppe im Kriegsgefangenenlager bilden.[5]

Zu dem von Müller kritisierten Ausschluss von russischen Offiziellen haben wir in der bis heute gültigen Erklärung vom 2. März 2022 geschrieben: „Es ist für uns nicht vorstellbar, dass wir gemeinsam mit offiziellen Repräsentanten der Russischen Föderation (und des Russland unterstützenden Belarus) der toten sowjetischen Kriegsgefangenen, auch aus der Ukraine, gedenken, während zeitgleich russische Einheiten ukrainische Soldaten und vor allem auch Zivilisten durch Bomben und Raketen töten.“ Zudem haben wir explizit darauf verwiesen: „Wir betonen, dass es sich bei der Nichteinladung der konsularischen Vertretungen explizit um einen Ausschluss staatlicher Organe handelt und nicht der russischen Zivilbevölkerung oder russischstämmiger Menschen in Deutschland. Im Gegenteil: Sie alle sind eingeladen, mit uns gemeinsam am 29. April der verstorbenen Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge aller Nationen zu gedenken.“[6]

Wie geht es weiter?

Von mehreren Seiten wurde gefordert, dass die Sonderausstellung „Niemand ist vergessen und nichts ist vergessen. Die Blockade Leningrads 1941 – 1944“ wieder wie ursprünglich geplant in der Gedenkstätte Lager Sandbostel gezeigt werden solle. Aus den oben dargelegten Gründen schließen wir dies aus.

Wie schon in unserer ersten Erklärung zur Absage der Ausstellung geschrieben, planen wir aber Veranstaltungen zum Thema der Kriegsverbrechen der Wehrmacht in den besetzten Gebieten, der Hungerblockade Leningrads und der Instrumentalisierung des Gedenkens. Den Zeitpunkt und die genaue Thematik behalten wir uns vor und werden dies zu gegebener Zeit ankündigen.

Sandbostel, 24. September 2025

Andreas Ehresmann
Leiter/Geschäftsführer

[5] Siehe bspw.: https://www.stiftung-lager-sandbostel.de/aktuelles/veranstaltungen-1/2025-jan-bis-jun/. Eintrag zum 27.1.2025

[6] Siehe: https://www.stiftung-lager-sandbostel.de/aktuelles/neuigkeiten/2022-jan-bis-jun/. Eintrag vom 3.3.2022